

Konrad-Adenauer-Stiftung Washington

THINK TANK UPDATE
Mai / Juni 2005

SCHWERPUNKT „ASIEN“

- China und Taiwan
- Nordkorea
- China und Japan

Maren Becker

Konrad-Adenauer-Stiftung Washington
2005 Massachusetts Avenue, NW
Washington, DC 20036
USA

☎ +1-202-464-5840
☎ +1-202-464-5848
✉ office@kasusa.org
www.kasusa.org
www.kas.de

Die Diskussionen innerhalb der US-amerikanischen Think-Tank-Landschaft waren in den vergangenen Wochen von verschiedenen Themen geprägt, die sich sowohl an innen- wie auch an außenpolitischen Ereignissen orientierten. Einen innenpolitischen Schwerpunkt bildete die amerikanische „Social Security Reform“. Unter den außenpolitischen Themen stand die Nominierung John Boltons zum neuen UN-Botschafter der USA im Vordergrund. Ferner wurde der Ratifizierungsprozeß der EU-Verfassung erörtert.

Besondere Beachtung fanden allerdings die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Asien. An erster Stelle steht dabei der Konflikt zwischen **China und Taiwan**. Die von der chinesischen Regierung angestrebte Wiedervereinigung zu „einem China“ hat durch das im März verabschiedete Anti-Abspaltungsgesetz neuen Zündstoff erhalten. Der Besuch des taiwanesischen Oppositionsführers in der Volksrepublik China hat die Kontroverse zusätzlich angefacht.

Der Konflikt um das **Atomwaffenprogramm Nordkoreas** hat sich in den letzten Wochen zugespitzt. Nach dem Ausstieg Nordkoreas aus den Sechs-Parteien-Gesprächen und der seitens der USA geäußerten Befürchtung eines bevorstehenden Atomraketen-tests, ist die internationale Gemeinschaft umso stärker gefordert, eine baldige Lösung des Konfliktes herbeizuführen.

Schließlich waren die Beziehungen zwischen **China und Japan** erheblichen Belastungen ausgesetzt. Die Unstimmigkeiten zwischen beiden Staaten basieren auf verschiedenen Konfliktherden, die zumeist historische Wurzeln haben, wie z.B. der Umgang Japans mit seiner Kriegsvorgangeneit oder auch der Territorialstreit um die Senkaku-Inseln.

Der Konflikt zwischen China und Taiwan

Nachdem der chinesische Volkskongress am 14. März dieses Jahres das Anti-Abspaltungsgesetz verabschiedet hatte, kam es in Taiwan zu lautstarken Demonstrationen der Bevölkerung gegen die chinesische Regierung und für die Unabhängigkeit Taiwans. In dem Gesetz heißt es: „Es gibt nur ein China in der Welt. [...] Sowohl das Festland als auch Taiwan gehören zu einem China. Chinas Souveränität und territoriale Integrität dulden keine Spaltung.“ Obwohl das Gesetz dafür plädiert, dass die Wiedervereinigung auf friedlichem Weg erreicht werden solle, legitimiert es den Einsatz nicht-friedlicher Mittel zur Wiedererlangung der Einheit. Zugleich erhöhte China seine geplanten Militärausgaben um 12,6 Prozent. Auch die internationale Gemeinschaft, darunter vor allem die USA und Japan, reagierten mit Ablehnung auf die aggressive Taiwan-Politik Chinas und riefen die Volksrepublik dazu auf, den Frieden und die Stabilität der Region nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen.

Eine Verbesserung der angespannten chinesisch-taiwanesischen Beziehungen erfolgte im April als Folge des historischen Besuches des taiwanesischen Oppositionsführers Lien Chan in der Volksrepublik. Seit Ende des Bürgerkrieges im Jahr 1949 hatte keine derartige Begegnung zwischen Kommunisten und Nationalisten stattgefunden. Fraglich ist jedoch, inwieweit die Visite des Chefs der nationalistischen KMT zu einer Beilegung des Konfliktes beitragen kann.

Die Reaktionen in den USA sind gespalten. Während die amerikanische Regierung das Treffen der Politiker beider Seiten als einen ersten positiven Schritt beschrieb, beurteilte das konservative **American Enterprise Institute** die Annäherung weitaus skeptischer. Es sieht die Reise Lien Chans nach China eher als den Ausdruck der Missachtung der amtierenden Regierung Taiwans, deren Autorität der Oppositionschef auf diese Weise untergraben will: „The real story behind Mr. Lien’s visit is his continuing refusal to recognize the legitimacy of Mr. Chen’s government.“¹ Gespräche zwischen der politischen Führung Chinas und der Oppositionspartei Taiwans, die nicht in Abstimmung mit der taiwanesischen Regierung erfolgten, seien kontraproduktiv. Diese Entwicklung könne auch nicht im Sinne der USA sein.

Dass der Besuch Liens in der Volksrepublik offensichtlich wenig zur Lösung der Taiwan-Frage beigetragen habe, belegt nach Meinung der **Heritage Foundation** auch die Aussage Chinas, keine Gespräche mit der taiwanesischen Regierung aufzunehmen, so lange diese nicht das „Ein-China-Prinzip“ anerkenne: „If anything, China has used the visits to harden its stance, by insisting that President Chen’s Democratic Progressive Party formally renounce the section in its charter on Taiwanese independence before Beijing will agree to talk to him.“²

Die Chancen, dass Taiwan sich für eine erneute Anbindung an die Volksrepublik ausspricht, sind jedoch sehr gering. Präsident Chen Shui-bian erhielt erst Anfang Mai bei einer Wahl der Nationalversammlung mit seiner Fortschrittspartei die Mehrheit und ließ damit die Oppositionspartei KMT hinter sich. Das Wahlergebnis kann eindeutig als Votum für die Unabhängigkeit Taiwans angesehen werden. Die Regierung Chens plant zukünftig die Einführung von Volksabstimmungen, in denen die Bevölkerung möglicherweise auch über die Frage der Unabhängigkeit entscheiden könnte. Dieses würde ohne Zweifel den Widerstand der chinesischen Regierung hervorrufen und könnte eine Militärintervention seitens Chinas zur Folge haben.

Ein Ende des Konfliktes scheint demnach nicht in Sicht zu sein. Im Gegenteil: Experten der **Brookings Institution** warnen sogar davor, das Risiko eines Krieges zur Entscheidung der Taiwan-Frage zu unterschätzen. Chinas Drohung, den Anschluss Taiwans notfalls durch die Anwendung militärischer Gewalt zu erzwingen, sei durchaus ernst zu nehmen. Gleichzeitig halten sie im

¹ Blumenthal, Dan (April 27, 2005): „Lien’s Trip Takes Taiwan down the Wrong Path“, American Enterprise Institute.

² Tkacik, John J. Jr (May 14, 2005): „Do-Gooders make Things Worse for Taiwan“, The Heritage Foundation.

Fall des Falles eine Verwicklung amerikanischer Truppen für unumgänglich, zum einen, da sich Präsident Bush schon 2001 öffentlich dahingehend geäußert habe, zum anderen, da sonst die Glaubwürdigkeit der USA als verlässlicher Sicherheitspartner auf dem Spiel stünde.³

Vor diesem Hintergrund sollte die Europäische Union ihre Haltung hinsichtlich des Waffenembargos gegen China überdenken. Da ein Krieg über den Status Taiwans nicht auszuschließen sei, könne die vor allem von Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem französischen Präsidenten Jacques Chirac befürwortete Aufhebung der Sanktionen fatale Konsequenzen haben. Einerseits würden Waffenlieferungen an China die Wahrscheinlichkeit eines Militärschlags der Volksrepublik gegen Taiwan erhöhen. Darüber hinaus könnten sie im Fall einer Intervention amerikanischer Truppen direkt gegen diese eingesetzt werden. Sie stellten somit ein falsches Signal im transatlantischen Bündnis dar: "There really is a chance of a Sino-US war over Taiwan, which may ebb and flow month to month but nonetheless remains quite real. And any European decision to lift the embargo could make any war more likely and more costly in lives and assets".⁴

Das Atomwaffenprogramm Nordkoreas

Im Februar dieses Jahres offenbarte Nordkorea der Welt, dass das Land über funktionsfähige Atomwaffen verfüge und bestätigte damit die Vermutung, ein bis dahin geheimes Atomwaffenprogramm zu unterhalten. Gleichzeitig entschied sich die nordkoreanische Regierung dazu, aus den Sechs-Parteien-Gesprächen auszusteigen. Die Verhandlungen mit den Staaten Südkorea, China, Russland, Japan sowie den USA sollten dazu dienen, Nordkorea am Bau von Atomwaffen zu hindern. Damit scheint eine baldige Lösung des Konfliktes über das nordkoreanische Atomwaffenprogramm in weite Ferne gerückt zu sein.

In den vergangenen Wochen spitzte sich die Situation sogar noch zu. Anfang Mai testete Nordkorea nach Medienberichten erneut eine Kurzstreckenrakete über dem Japanischen Meer. Daraufhin äußerte die amerikanische Regierung die Befürchtung, dass womöglich sogar der Test einer Atomrakete unmittelbar bevorstünde und noch im Juni erfolgen könne. Spionagesatelliten der USA hätten in Nordkorea verdächtige Bauaktivitäten aufgezeichnet, die auf ein derartiges Vorhaben schließen ließen. Diese Anschuldigungen wies Nordkorea allerdings zurück: Das kommunistische Land warf den Vereinigten Staaten vor, diese Information schlichtweg erfunden zu haben, um dem Ansehen des Regimes in Pjöngjang zu schaden, schloss gleichzeitig jedoch zukünftige Atomtests nicht ausdrücklich aus.

³ O'Hanlon, Michael E. (May 01, 2005): "The Risk of War Over Taiwan is Real", The Brookings Institution.

⁴ O'Hanlon, Michael E. (May 01, 2005): "The Risk of War Over Taiwan is Real", The Brookings Institution.

Harsche Kritik erntete der nordkoreanische Staatschef Kim Jong Il kürzlich seitens der USA nicht nur für seine Bestrebungen, Nordkorea zu einer Atommacht zu machen. US-Vizepräsident Dick Cheney warf ihm zudem vor, die Bevölkerung in erbärmlicher Armut leben zu lassen und bezeichnete den Machthaber als einen der „verantwortungslosesten Führer der Welt“. Die Äußerungen Cheneys können als ein weiterer Versuch verstanden werden, Druck auf das kommunistische Regime auszuüben, sich wieder an den multilateralen Verhandlungen zu beteiligen.

Nach Ansicht der **Brookings Institution** haben die globalen Interessen der USA aufgrund der Entwicklungen in Nordkorea einen herben Rückschlag erlitten. Die Regierung Bush schein momentan keine konkreten Ideen zu haben, wie sie Einfluss auf Pjöngjang ausüben könne. Hinzu komme, dass sich Nordkorea weiter auf die Unterstützung seitens Chinas und Südkoreas verlassen könne; China kritisiere die Vereinigten Staaten sogar öffentlich dahingehend, dass es den amerikanischen Forderungen an Flexibilität mangle.

Ähnlich beschreibt auch die **New America Foundation** die Lage: Sie sieht die gegenwärtige Vorgehensweise der USA als nicht sehr vielversprechend. Das einzige Land, was derzeit wirklich Einfluss auf Nordkorea ausüben könnte, sei China. Und die Chinesen verweigerten den Amerikanern bislang ihre Hilfe.⁵

Daher sei es dringend notwendig, dass die USA eine neue Handlungsstrategie zum Umgang mit Nordkorea entwickelten. Doch wie solle eine solche Strategie aussehen? Sicherlich könne man keine positiven Anreize schaffen, um Nordkorea zurück an den Verhandlungstisch zu bekommen und das Regime auf diese Weise dafür belohnen, dass es Verträge gebrochen und die Stabilität der Region gefährdet habe. Andererseits würde es den USA zur Durchsetzung drastischer Maßnahmen an Verbündeten für dieses Vorhaben mangeln.

Was die **Brookings Institution** empfiehlt, ist eine Mischung aus „carrots and sticks“: Man müsse versuchen, das nordkoreanische Regime zu umfassenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Reformen zu bewegen. Sei Nordkorea bereit, entsprechende Schritte einzuleiten, sollten die USA diese mit eigenen Mitteln unterstützen. Für den Fall, dass Nordkorea seine Kooperation verweigere, müssten die Vereinigten Staaten Beijing und Seoul von der Notwendigkeit multilateraler Sanktionen überzeugen. In jedem Fall sei aber ein entschiedeneres Auftreten der USA notwendig, das alle Parteien von der Ernsthaftigkeit der amerikanischen Pläne überzeuge.⁶

⁵ Pinkerton, James (April 12, 2005): „3 Signs of Impending ‘Asian Century’“, New America Foundation.

⁶ O’Hanlon, Michael E.; Pritchard, Charles L. (May 17, 2005): „Stronger U.S. Push Needed for North Korea Reform“, The Brookings Institution.

Nach Auffassung der **Heritage Foundation** sollten die übrigen Teilnehmer der Sechs-Parteien-Gespräche USA, Südkorea, China, Russland und Japan der nordkoreanischen Regierung eine Frist setzen, bis zu der sich Nordkorea wieder an den Verhandlungen zu beteiligen habe. Für den Fall, dass Kim Jong Il dazu nicht bereit sei, sollte die Angelegenheit an die Vereinten Nationen übergeben werden. Die Konsequenz wäre dann möglicherweise eine Resolution des U.N.-Sicherheitsrates, in der Nordkorea unter Androhung von Sanktionen zur Kooperation aufgefordert würde.⁷

Die Beziehungen zwischen China und Japan

Seit einigen Wochen hat sich der Konflikt zwischen Japan und China verschärft. Anfang April entflamten zuerst in der chinesischen Stadt Chengdu, eine Woche später dann in Beijing und anderen größeren Städten teilweise gewaltsame antijapanische Proteste. Demonstranten warfen Steine und Flaschen gegen die japanische Botschaft und plünderten japanische Geschäfte.

Der Zorn der Bevölkerung war durch den Umgang Japans mit seiner eigenen Kriegsvorgangenenheit ausgelöst worden. Ausgerechnet an dem Tag, an dem die Chinesen ihrer Toten gedenken, genehmigte das japanische Erziehungsministerium ein Geschichtsbuch, in dem das durch die japanische Armee 1937 begangene Massaker von Nanjing verharmlost wird. Die chinesische Polizei unternahm dabei nichts, um die Demonstranten an ihren Gewaltakten zu hindern.

Das **American Enterprise Institute** fragt in diesem Zusammenhang, warum die chinesische Regierung, die sonst jegliche Form politischen Protests seitens der Bevölkerung von vornherein im Keim ersticke, in diesem Fall den Unruhen tatenlos zugesehen habe. Die Antwort liege auf der Hand: Das Regime wisse, dass die Menschen im Land unzufrieden seien und sähe in dem Konflikt mit Japan ein Ventil, über das sie ihre Aggressionen herauslassen könnten und gleichzeitig noch im Sinne der Regierung handelten. Denn die aktuelle Feindschaft zwischen China und Japan habe historische Wurzeln und zeige sich nicht nur im Umgang mit den Geschehnissen des Zweiten Weltkrieges.⁸

China möchte sowohl im globalen Kontext wie insbesondere im asiatischen Raum die politische und wirtschaftliche Führungsrolle übernehmen. Daher sei es nur in seinem Sinne, die Welt an die Kriegsvergehen Japans zu erinnern.⁹

⁷ Dillon, Dana R.; Feldman Harvey J., Hwang, Balbina Y.; Tkacik, John J. Jr (April 4, 2005): "Asia's Security Challenges", The Heritage Foundation.

⁸ Ledeen, Michael A. (April 20, 2005): "The Revolution Continues", American Enterprise Institute.

⁹ Donnelly, Thomas (April 29, 2005): "China's Ruling Party Is Stoking the Fires of Nationalism", American Enterprise Institute.

Dementsprechend wird auch der von Japans Ministerpräsidenten Koizumi erneut angekündigte Besuch des Yasukuni-Schreins thematisiert. Koizumi war schon in der Vergangenheit mehrfach zu dem Schrein gepilgert und hatte dafür die Kritik seitens Chinas und Südkoreas auf sich gezogen. In der Gedenkstätte sind auch Kriegsverbrecher aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges bestattet. Offensichtlich als Folge von Koizumis Äußerungen brach die chinesische Vize-Ministerpräsidentin Wu Yi, die sich Ende April auf einem Staatsbesuch in Japan befand, ihren Aufenthalt kurzerhand ab.

Die **Brookings Institution** empfiehlt der chinesischen Regierung in diesem Zusammenhang, auch die positive Entwicklung zu berücksichtigen, die Japan in den vergangenen Jahren durchlebt habe. Japan sei sich seiner Vergehen durchaus bewusst und hätte zahlreiche Gelegenheiten genutzt, sich für diese angemessen zu entschuldigen.

Ein weiterer Konfliktpunkt, der die chinesisch-japanischen Beziehungen derzeit belastet, sind die Gasvorkommen im Ostchinesischen Meer nahe der Senkaku- oder auch Diaoyu-Inseln¹⁰. Sowohl Japan als auch China erheben einen Anspruch auf die Tiefsee-Gasfelder. Japan teilte im April mit, dass die Regierung Anträge von Firmen prüfen werde, die zukünftig im Ostchinesischen Meer Bohrungen durchführen wollten. Dieses Vorgehen wird von China als Provokation empfunden, da es das Gebiet als chinesisches Territorium betrachtet. China geht es dabei weniger um die Gasfelder, deren Ergiebigkeit nach wie vor fraglich ist, sondern vielmehr um die Hoheit über das Seegebiet.

Nach Ansicht der **Heritage Foundation** gehören die Senkaku-Inseln jedoch ohne Zweifel zu Japan. Nach dem Zweiten Weltkrieg standen die Inseln vorübergehend unter amerikanischer Besatzung, wurden 1972 aber von den Vereinigten Staaten an Japan zurückgegeben. China hingegen beansprucht die Inseln aufgrund ihrer historischen Zugehörigkeit zu Taiwan. Die Heritage Foundation empfiehlt der amerikanischen Regierung, die Rechte Japans gegenüber den chinesischen Forderungen zu verteidigen. Dabei sollte sie deutlich machen, dass China nicht befugt sei, unerlaubt in dieses Territorium einzudringen.

Experten der **Brookings Institution** nehmen an, dass die Streitigkeiten zwischen China und Japan der amerikanischen Regierung durchaus gelegen kommen könnten, da sie Japan dichter an die USA rücken ließen. Dies könnte insbesondere im Hinblick auf einen möglichen Krieg zwischen China und Taiwan von Interesse sein. Sie weisen aber auch darauf hin, dass Amerika betonen sollte, dass sich seine Allianz mit Japan nicht grundsätzlich gegen China richtet und es durchaus im amerikanischen Interesse liege, den Dialog zwischen Japan und China zu fördern.¹¹

¹⁰ Der Begriff „Senkaku-Inseln“ entspricht dem japanischen Namen, während „Diaoyu-Inseln“ die chinesische Bezeichnung darstellt.

¹¹ O'Hanlon, Michael E.; Mochizuki, Mike (April 21, 2005): „Calming the Japan-China Rift“, The Brookings Institution.

Fazit

Nach Meinung der führenden amerikanischen Think Tanks ist es dringend notwendig, dass die amerikanische Regierung die Handlungsstrategien ihrer Asienpolitik den politischen und wirtschaftlichen Geschehnissen im asiatischen Raum anpasse. Insbesondere China, Taiwan, Japan und Korea durchliefen gravierende Veränderungen, die die USA vor neue Herausforderungen stellten.

Die **New America Foundation** spricht von einem bevorstehenden „Asian Century“, in dem die aktuellen Konflikte im Osten die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit erforderten.¹²

Diese Ansicht teilt, insbesondere im Hinblick auf den Bedeutungszuwachs Chinas, auch das **American Enterprise Institute**. Die Volksrepublik versuche, die USA von ihrer Position als führende Nation in Politik und Wirtschaft zu verdrängen. Das beeindruckende Wirtschaftswachstum sowie die beachtliche Höhe des Verteidigungsbudgets, welches im internationalen Vergleich den zweiten Rang einnehme, würden es China erlauben, in der Weltpolitik eine zentrale Rolle zu spielen. China sei schon jetzt dabei, die bis vor einiger Zeit noch Japan nachgesagte wirtschaftliche Vorreiterrolle im asiatischen Raum einzunehmen.¹³

Gleichzeitig betreibe China eine äußerst aggressive Politik im Hinblick auf Taiwan und Japan. Die USA sollten in diesem Zusammenhang, so die **Heritage Foundation**, ihre Beziehungen zu Japan ausbauen, ohne dies jedoch als eine Allianz gegen China aussehen zu lassen. Was die Androhung des Einsatzes militärischer Gewalt gegen Taiwan angehe, so sollten die USA deutlich machen, dass sie sich im Fall des Falles eindeutig auf die Seite Taiwans stellen und dessen demokratische Entwicklung unterstützen würden.¹⁴

Die **Brookings Institution** empfiehlt der Regierung zudem, ihre Strategie hinsichtlich des nordkoreanischen Atomwaffenprogramms zu überdenken. Da bisher nichts unternommen worden sei, was Nordkorea dazu gebracht hätte, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, sei die Erarbeitung einer neuen Vorgehensweise notwendig.¹⁵

¹² Pinkerton, James (April 12, 2005):“3 Signs of Impending ‚Asian Century‘, New America Foundation.

¹³ Lilley, James R. (April 20, 2005):“All Not Quiet on the Eastern Front“, American Enterprise Institute.

¹⁴ Tkacik, John J. Jr. (April 19, 2005):“America’s „China Policy“ Is in Urgent Need of Definition“, The Heritage Foundation.

¹⁵ O’Hanlon, Michael E.; Pritchard, Charles L. (May 17, 2005):“Stronger U.S. Push Needed for North Korea Reform“, The Brookings Institution.